

»Die Waffe der Kritik kann allerdings die Kritik der Waffen nicht ersetzen, die materielle Gewalt muß gestürzt werden durch materielle Gewalt, allein auch die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift.«

– Karl Marx



WAFFENDERKRITIK

Marxistisches Flugblatt für Studierende und Beschäftigte an der Uni

Sondernummer FU

Klassenkampf statt Unisumpf!

Überfüllte Vorlesungssäle, Bachelor und, mit Glück, Master im Schnelldurchlauf. Nebenjobs und steigende Mieten für den wenigen Wohnraum. Und drumherum weltweite Krise mit harten Spardiktaten und grassierender Arbeitslosigkeit in Ländern wie Spanien und Griechenland. Massenbewegungen und Aufstände in Ägypten, Brasilien, der Türkei und und und ...

Was schief läuft im kapitalistischen System, darüber könnten wir endlose Listen schreiben. Aber als **WAF-FENDERKRITIK** wollen wir nicht nur kritisieren – wir wollen die Welt nicht nur interpretieren, sondern auch verändern. Und zwar nicht isoliert im Unisumpf, sondern gemeinsam mit Arbeiter*innen und anderen kämpfenden Sektoren.

Wenn du an der Uni und darüber hinaus etwas tun willst und dich für den Marxismus interessierst, schau bei uns vorbei! Wir haben im letzten Semester ein regelmäßiges Flugblatt herausgegeben, Debatten über den Marxismus geführt sowie an Uni-Protesten, vielen Demos und Arbeitskämpfen teilgenommen. Wir wollen uns nicht als zukünftige Elite der kapitalistischen Gesellschaft ausbilden lassen, sondern zum Aufbau einer revolutionären Avantgarde der Unterdrückten beitragen.

Auch dieses Semester haben wir als Marxist*innen an der Uni viel zu tun. Wir wollen eine neue Zeitschrift herausgeben und gemeinsam mit dir eine Strömung aufbauen. Wie und was noch alles passieren soll, kannst du auf den offenen Treffen an deiner Uni mit uns diskutieren!



Für die Einheit von Arbeitenden und Studierenden!

Nicht nur an der Uni wird gekürzt, sondern auch in der Arbeitswelt. Mit voranschreitendem Lohndumping in Deutschland wird in Europa die Prekarisierung vorangetrieben. Um uns dagegen zu wehren, müssen wir uns mit den Arbeiter*innen vereinen – nur sie besitzen die soziale Kraft, die Wirtschaft lahmzulegen.

In den letzten Monaten gab es eine Reihe von größeren Arbeitskämpfen: Bei Amazon traten Beschäftigte in den Ausstand und in ganz Deutschland streiken Angestellte im Einzelhandel gegen die Aufkündigung der Tarifverträge. Obwohl es sich um einen riesigen Angriff auf die Arbeitsbedingungen von Millionen handelt, wird dies kaum wahrgenommen und vor allem nicht offensiv beantwortet.

Deshalb ist Solidarität mit den Kämpfenden dringend notwendig. Wir haben sie Schritt für Schritt bei den Konflikten unterstützt und wollen dies weiterhin tun. Wir wollen Veranstaltungen mit kämpferischen Beschäftigten an verschiedenen Unis organisieren und ein breites Solidaritätskomitee aufbauen. Sie kämpfen auch für unsere Arbeitsbedingungen von heute und morgen.

Dies gilt auch für die Kämpfe an der Charité gegen weitere Erhöhung des Arbeitsdrucks und bei den Berliner Lehrer*innen, die am 21. Oktober wieder für gleichen Lohn bei gleicher Arbeit streiken. So, wie solidarische Schüler*innen es bereits tun, sollten auch wir sie begleiten und eine Perspektive aufzeigen.



Solidarität mit den Streiks!

der LehrerInnen und im Einzelhandel

Teach-In an der FU

An diesem Tag soll es einen Austausch zwischen kämpferischen KollegInnen und solidarischen StudentInnen geben – was können Arbeitende und Studierende voneinander lernen? Mit:

- ★ Martin Liedtke (Beschäftigter bei Kaufland)
- ★ Lehrer (von „Bildet Berlin!“)
- ★ N.N. (Beschäftigte/r bei H&M)

Di, 29.10., 16-18 Uhr

vor der Hauptmensa in der Silberlaube

* veranstaltet von einem noch zu gründenden studentischen Solidaritätskomitee

Offene Treffen von Waffen der Kritik

Für den Aufbau einer marxistischen Strömung an der Uni – mit AktivistInnen von FU, HU, TU und Uni Potsdam – Jeden Donnerstag um 16 Uhr in der Stadt – Ort bitte erfragen.

waffenderkritik@riseup.net

Herausgegeben von **R10** und unabhängigen Studierenden

ViSdP: R. Müller, Hamburg

WAFFENDERKRITIK.WORDPRESS.COM

»Die Waffe der Kritik kann allerdings die Kritik der Waffen nicht ersetzen, die materielle Gewalt muß gestürzt werden durch materielle Gewalt, allein auch die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift.«

– Karl Marx



WAFFENDERKRITIK

Marxistisches Flugblatt für Studierende und Beschäftigte an der Uni

Sondernummer FU

#R2G oder #Revolution?

Gregor Gysi, Vorsitzender der Linksfraction im Bundestag, kommt an die FU. Er kommt aber nicht in einen Hörsaal, weil die Univerwaltung ihm einen Raum verweigert – ein Skandal, wenn man bedenkt, wie der Unipräsident Peter-André Alt im letzten Semester für Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) den roten Teppich ausgerollt hat! Die FU hat starke linke Traditionen, doch das Präsidium ist rechts und konservativ. Aber egal: Auf eine alte FU-Tradition wird zurückgegriffen und ein Foyer von Studierenden für ein „Teach-In“ besetzt!

Die Linkspartei hat bei den Bundestagswahlen 3,3% verloren, aber wegen der Großen Koalition wird Gysi Oppositionsführer im Bundestag. Er lässt keinen Zweifel daran, dass er viel lieber in der Position eines Juniorpartners in einer Rot-Rot-Grünen Regierungskoalition wäre. Schon vor der Wahl erklärte er im Interview, dass er am Liebsten Außenminister werden würde. Für ihn wäre eine Bedingung der Ausschluss neuer Kampfeinsätze der Bundeswehr – wobei er auffällig die Linkspartei-Forderung nach einem sofortigen Rückzug aus Afghanistan fallen lässt und auch die Option „humanitärer“ Militäreinsätze offen lässt.

Aber nicht nur der rechte Flügel der Linkspartei wirbt für diese Regierungsoption, auch der Parteivorsitzende Bernd Riexinger oder die Fraktionsvorsitzende im hessischen Landtag werben offensiv für #R2G: „Wir wollen mitregieren, wenn die Bedingungen stimmen“, sagte Wissler gegenüber der Presse.

Politikwechsel?

Wie würde ein „Politikwechsel“ unter einer Rot-Rot-Grünen Bundesregierung aussehen? Eine klare Antwort auf diese Frage erfordert nicht viel Fantasie: In Brandenburg kürzt eine „rot-rote“ Landesregierung kräftig im öffentlichen Dienst und im Bildungssystem, während Flüchtlinge weiter abgeschoben werden. In Berlin hat ein „rot-roter“ Senat zwischen 2002 und 2012 mit der Privatisierung von 150.000 Wohnungen die aktuelle Krise am Wohnungsmarkt vorbereitet.

International sieht es nicht besser aus. Die linke Partei Rifondazione Comunista war einst Hoffnungsträger vieler linksradikalen Aktivist*innen in Europa, doch als Teil einer „linken Regierung“ stimmte sie für den Einsatz italienischer Truppen in Afghanistan und vor der Küste Libanons. Lin-



ke Regierungen machen eben immer Politik im Interesse der Banken und Konzerne – oder werden im Extremfall vom Staatsapparat gestürzt, wie es 1973 bei Chiles sozialdemokratischem Präsidenten Salvador Allende passiert ist.

Könnten wir von #R2G in der BRD etwas anderes erwarten? Eine (zugegebenermaßen nicht wissenschaftliche) Definition von Wahnsinn lautet, immer wieder das Gleiche zu tun und dabei andere Ergebnisse zu erwarten. Dementsprechend sagte Gysi auch im erwähnten Interview, dass seine Fraktion in so einer Koalition „disziplinierter als die anderen“ wäre – heißt: disziplinierter bei der Durchsetzung von Angriffen auf die arbeitende Bevölkerung, wie wir sie aus den letzten Jahren zu Genüge kennen.

Nicht logisch?

Ist es aber nicht logisch, wenn man politisch etwas bewirken will, eine Regierung zu bilden? Doch: Der Staat ist kein neutrales Gebilde unter Kontrolle der BürgerInnen, sondern ein Apparat der herrschenden Klasse zur Unterdrückung ihrer Interessen. In unserem Fall geht es um die Interessen der KapitalistInnen gegen die ArbeiterInnen, die Jugendlichen, MigrantInnen und andere unterdrückte Gruppen. Eine Regierung verwaltet nur diesen Staat, weshalb die revolutionäre Kommunistin Rosa Luxemburg schon 1904 meinte: „Als regierende darf sie [die sozialistische Partei] nur auf den Trümmern des bürgerlichen Staates auftreten“.

Die Alternative dazu besteht darin, den Staat der KapitalistInnen zu zerschlagen und eine Republik der ArbeiterInnen aufzubauen. So eine Regierung würde sich, nach dem Vorbild der Pariser Kommune von 1871, nicht auf ein Parlament, sondern auf Machtorgane der selbstorganisierten ArbeiterInnen und Unterdrückten stüt-

zen. In solchen Räte würden Delegierte von der Basis direkt gewählt werden und jederzeit von dieser abwählbar sein, und würden den gleichen Lohn bekommen wie ihre WählerInnen. Vor allem würden sie sich nicht auf die Sphäre der Politik beschränken, sondern die Wirtschaft den wenigen KapitalistInnen entreißen und der demokratischen Kontrolle der Mehrheit unterstellen. So funktionierten die Sowjets in der russischen Oktoberrevolution von 1917, vor der stalinistischen Degeneration.

Für die Revolution!

So ein Projekt zur Überwindung des Kapitalismus, zur Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln, will Gysi nicht. „Es gibt für uns keinen Weg zur Verstaatlichung der Produktionsmittel“, sagte er schon klar genug. Er ist nicht wahnsinnig, sondern möchte eine Regierungsbeteiligung, weil er den Kapitalismus nicht abschaffen, sondern mitverwalten möchte. Wir sind für eine breite Zusammenarbeit aller linken Kräfte, wo wir gemeinsame Interessen haben, aber wir halten es für fatal, wenn die Linke ihren Horizont auf die Verwaltung des Bestehenden beschränkt.

Nun ist Gysi an der FU und wir möchten mit ihm darüber sprechen. Wir wissen, dass Teile des linken Flügels der Linkspartei wie Linke.SDS oder Marx21 den Vorschlag von #R2G oder linke Regierungsbeteiligung insgesamt ablehnen. Wir freuen uns auf diese Übereinstimmung und wir hoffen, dass wir in der Diskussion mit Gysi auch erörtern können, wie linke Kräfte, die den revolutionären Sturz des Kapitalismus anstreben, unsere Zusammenarbeit verstärken können, mit der Perspektive einer revolutionären Partei, die nicht aus Bundesministern auf Abruf, sondern aus revolutionären ArbeiterInnen und Jugendlichen besteht.

(Alle Fußnoten in der Online-Version.)

Herausgegeben von
R10 und unabhängigen Studierenden

VSdP: R. Müller, Hamburg

WAFFENDERKRITIK.WORDPRESS.COM